

AKTUELL

WELTBIODIVERSITÄTSTAG

Subventionierte Umweltzerstörung

Melanie Czarnik

Der nationale Strategieplan verspricht bis 2027 mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft, doch in Luxemburg nimmt die Artenvielfalt ab und EU-Gelder fließen in umweltschädliche Maßnahmen.

Die aktuelle landwirtschaftliche Förderpolitik für eine klimaneutrale Agrarwirtschaft hat die Umweltsituation nicht nur nicht verbessert, sondern im Hinblick auf die Artenvielfalt sogar zu einer Verschlechterung der Lage geführt. Zu diesem Ergebnis kommt eine vom Mouvement écologique (Meco) in Auftrag gegebene Analyse der Biologin Nadja Kasperczyk. Diese wurde vergangenen Mittwoch anlässlich des Weltbiodiversitätstages am 22. Mai vorgestellt. Biodiversität, also die Vielfalt des Lebens auf genetischer, artenbezogener und ökosystemarer Ebene, bildet die Grundlage stabiler und widerstandsfähiger Naturkreisläufe. Kasperczyk war bereits 2021 an einer Studie beteiligt, die der Frage nachging, wie viel Flächen- und Maßnahmenbedarf notwendig wäre, um den Verlust der Biodiversität in der hiesigen Agrarlandschaft zu stoppen. Das Ergebnis damals: Es müssten auf mindestens 25 Prozent der Ackerflächen und 30 Prozent der Grünflächen biodiversitätsfördernde Maßnahmen umgesetzt werden. Anlass der Studie war die damalige Ausarbeitung des zweiten nationalen Strategieplans (PSN), der die Ziele der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik in Luxemburg umsetzen soll und ein wesentlicher Teil des europäischen „Green-Deals“ ist. Die Ergebnisse der Studie wurden jedoch nicht in den auf fünf Jahre angelegten PSN integriert, der bis 2027 mit 700 Millionen Euro Fördermitteln der EU finanziert wird.

Stattdessen werden diese Gelder für Maßnahmen eingesetzt, die laut der aktuellen Analyse die Umweltsituation verschlechtern, so der Meco am Mittwoch. Denn das Großherzogtum verfügt über viele Grün- und Ackerflächen, die stark auf die Rinderwirtschaft zur Milch- und Fleischproduktion fokussiert sind. Dadurch werden weiterhin etliche natürliche Lebensräume für zahlreiche Arten zerstört. „Die Lebensräume des Offenlandes und der Feuchtgebiete befinden sich fast vollständig in einem schlechten Erhaltungszustand“, sagte Kasperczyk. Auch bei den Grünlandhabitaten sind laut Analyse 84 Prozent in einem schlechten Zustand. Das Ergebnis ist ein Massenaussterben, den

Kasperczyk während der Präsentation mit konkreten Zahlen belegte: „83 Prozent der Amphibien, Reptilien, Fische und Wirbellose sind in einem unzureichenden bis schlechten Zustand, und die Brutvogelpopulation von ungefähr 48 Vogelarten haben stark abgenommen oder sind teilweise erloschen. Fast jede dritte Schmetterlingsart ist in Luxemburg vom Aussterben bedroht.“

Dringende Reform erforderlich

„Die Subventionen die aktuell ausgezahlt werden, tragen zur Degradation der Biodiversität bei“, sagte Blanche Weber, Präsidentin vom Meco auf der Pressekonferenz. „Das kann man den einzelnen Bauern nicht zum Vorwurf machen, es liegt vielmehr an der gesamten Landwirtschaftspolitik“, betonte sie. Viele Maßnahmen, die durch EU Fördermittel subventioniert werden, lieferten keinen Mehrwert für Umwelt- und Naturschutz, würden aber überproportional häufig von Landwirt*innen genutzt. Dazu gehörten zum Beispiel der Anbau von Zwischenfrüchten oder das Einarbeiten von Mist. Andere Maßnahmen, wie mehrjährige Blühstreifen oder Ackersäume, würden dadurch kaum genutzt. In Luxemburg werde dieser Effekt zudem durch die Tatsache verstärkt, dass die Maßnahmen zur Biodiversitätsförderung aus dem Fördertopf der EU herausgenommen wurden. Diese werden als kleinster der förderungsfähigen Bereiche rein national gefördert. Ein Ausbau von artenvielfaltfördernden Maßnahmen wird so bewusst klein gehalten. Zudem seien alle bereits bestehenden Maßnahmen weder ausreichend, um die Natur zu schützen, noch um dem fortschreitenden Hofsterben entgegenzuwirken, kritisierte der Meco.

Die Umweltschutz-NGO forderte, die anstehende Halbzeitbewertung des PSN dazu zu nutzen, dringend erforderliche Kurskorrekturen zu besprechen und umzusetzen. Laut Weber würde die Organisation von Diskussionen zwischen Landwirt*innen und Landwirtschaftsministerium, wie dem „Landwirtschaftsdösch“, jedoch ausgeschlossen. Eine Teilnahme des Meco habe die Landwirtschaftsministerin Martine Hansen (CSV) mit einem kategorischen „Nein“ abgelehnt. „Es ist bedauerlich, dass die Landwirtschaftsministerin diese Tür zugemacht hat. So bleibt uns nur, unseren Beitrag durch Diskussionen wie heute und die Präsentation einer wissenschaftlichen Analyse zu leisten.“

SHORT NEWS

Déi Gréng fordern Kriterien für lokale Polizei

(mes) – Am vergangenen Mittwoch warnten „Déi Gréng“ in einer Pressemitteilung vor „willkürlichen Entscheidungen bei der Ressourcenzuteilung“ bei der Polizei durch Innenminister Léon Gloden (CSV). Grund ist die Platzierung einer „lokalen“ Polizeieinheit in der Moselgegend. Dabei handelt es sich um das vierte Pilotprojekt einer „lokalen Polizei“, die für ein stärkeres Sicherheitsgefühl sorgen soll. Um diese Polizeieinheiten auch legislativ zu verankern, reichte der ehemalige Bürgermeister Grevenmachers einen Gesetzesentwurf zur Einführung dieser Einheiten im Parlament ein, der am vergangenen Mittwoch im Ausschuss für Innere Angelegenheiten besprochen wurde. Geplant ist, dass der Generaldirektor der Polizei die lokalen Einheiten schaffen darf. Wo und wann sie zum Einsatz kommen und wie ein kommunaler Ausschuss diese kontrollieren soll, legt der Entwurf jedoch nicht fest, kritisierten Déi Gréng am Mittwoch. „Wir brauchen nachvollziehbare Kriterien und eine echte Einbindung der Gemeinden“, so der Abgeordnete Meris Šehović. Einwohnerzahl, Anzahl der Störungen und Kriminalitätsbelastung sollten bei den Entscheidungen berücksichtigt werden. Wie die kommunalen Ausschüsse ihre Kontrollfunktion ausüben sollen und wer darin Mitglied würde, müsse im Entwurf klar definiert werden. Der am vergangenen März vorgestellte Entwurf folgt einer ersten „positiven“ Testphase zweier Einheiten in Luxemburg-Stadt und Esch (woxx 1794). In beiden Städten habe die Polizei zu einer Besserung des „Sicherheitsgefühls“ beigetragen, so das Innenministerium, ohne jedoch genauere Zahlen zu nennen.

Flüchtlingsrot: Schutzsuchende rasch in Arbeit bringen

(tf) – Der Arbeitsmarkt bleibt eine der wichtigsten Instanzen, die es Flüchtlingen und Migrant*innen, erlaubt, vollständig Teil der Gesellschaft zu werden, in der sie angekommen sind. Nun hat der „Lëtzebuurger Flüchtlingsrot“ (LFR) eine „Offensive zugunsten der Beschäftigungsfähigkeit von Flüchtlingen“ lanciert. Darin werden fünf Prioritäten genannt, die es ermöglichen sollen, dass Neuankömmlinge rasch einen Arbeitsplatz erhalten. Es sei nötig, sämtliche Fristen für den Zugang zu einer befristeten Beschäftigungserlaubnis aufzuheben, damit Flüchtlinge sofort nach ihrer Ankunft im Land einer geregelten Arbeit nachgehen können. Unabdingbar daher auch, dass alle Flüchtlinge vollumfänglichen Zugang zu den Angeboten der Arbeitsagentur Adem erhalten. Dies soll nicht nur Personen mit vorübergehendem Schutzstatus, wie er derzeit Flüchtlingen aus der Ukraine zugestanden wird, vorbehalten sein. Wichtig sei zudem, hiesigen Unternehmen vor Augen zu führen, wie sehr sie von der Beschäftigung der Betroffenen profitieren. Die Luxemburger Regierung verfüge schlicht über kein kohärentes Programm zur Integration von Schutzsuchenden in den Arbeitsmarkt, fasst der LFR bedauernd zusammen. Und verweist auf die Situation in Deutschland, wo 70 Prozent der Syrer*innen, die zwischen 2015 und 2019 angekommen seien, in einem Arbeitsverhältnis stünden. Laut dem dortigen „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ sind sogar 86 Prozent aller geflüchteten Männer trotz zahlreicher Hürden nach acht oder mehr Jahren Aufenthalt in Deutschland erwerbstätig. Das liegt deutlich über der durchschnittlichen Quote der männlichen Gesamtbevölkerung.

Macron et Merz veulent la peau de la CS3D

(fg) – Emmanuel Macron rejoint Friedrich Merz dans sa croisade contre la directive devoir de vigilance, la CS3D, demandant sa suppression définitive. « Nous sommes tout à fait d'accord avec le chancelier Merz et d'autres collègues pour aller bien plus vite » en matière de simplification, « et la CS3D et quelques autres régulations ne doivent pas être simplement repoussées d'un an, mais écartées », a déclaré le président français ce lundi 19 mai, devant les participants du sommet Choose France, une réunion d'investisseurs internationaux, à Paris. Le chancelier allemand avait lancé un appel identique à l'UE, le 9 mai, au nom de la lutte contre la bureaucratie, qui entraverait la compétitivité des multinationales européennes. Les deux dirigeants accèdent ainsi à une revendication du patronat, opposé à ce texte qui impose aux entreprises des obligations en matière de droits humains et environnementaux dans l'ensemble de leur chaîne de production. La Commission européenne avait déjà repoussé d'un an l'entrée en vigueur de la directive et en avait réduit certains dispositifs contraignants. La France avait été le premier pays au monde à se doter d'une législation nationale sur le sujet en 2017. « À l'heure où la crise climatique et les inégalités s'aggravent, cette annonce va à rebours des urgences sociales et écologiques », a dénoncé un collectif de 12 ONG françaises, dans une première réaction.